

Abgeordnete fragen

Teilzeitarbeit

Auf eine Ausweitung der Teilzeitarbeit und längerfristigen Beurlaubung von Beamtinnen zielt eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Doris Altewischer und Walter Kühlthau. Die Fragesteller verweisen auf Bestrebungen des Bundesinnenministers, nach denen die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung und langfristigen Beurlaubung von Bundesbeamtinnen und Richterinnen verbessert werden sollen. Sie erkundigen sich, ob Beamtinnen künftig auch beurlaubt werden können, wenn sie pflegebedürftige Angehörige betreuen müssen, ob die für eine Beurlaubung maßgebende Altersgrenze des zu betreuenden Kindes heraufgesetzt wird und ob diese Regelung auch auf Beamte ausgedehnt werden soll (Drs. 2393).

Öffentlichkeitsarbeit

Unter dem Titel „Nordrhein-Westfalen“ soll im August ein Buch erscheinen, das das Land an Rhein und Ruhr, seine Verwaltung, seine Wirtschaft und seine Bürger charakterisieren soll. Die Redaktion soll bei dem Referenten für die Öffentlichkeitsarbeit im Innenministerium liegen. Wie die CDU-Abgeordneten Dr. Franz-Joachim van Aerssen und Cornelius Riewerts erfahren haben, wurde bei der gewerblichen Wirtschaft für Inserate zu einem Seitenpreis von 1360 DM erworben. Die Abgeordneten fragen nunmehr die Landesregierung, welche finanzielle Kalkulation der Herausgabe des Buches zugrunde liegt, in welchem Umfang dafür Etatmittel verwendet werden und wie hoch die erwarteten Insertionserlöse sowie der Verkaufspreis des Buches kalkuliert werden. Die Abgeordneten befürchten, daß eine sachgerechte

Fünftagewoche

Die Fünftagewoche, die bereits seit einiger Zeit an manchen Schulen in Nordrhein-Westfalen praktiziert wurde, ist auf Anordnung des Kultusministers wieder rückgängig gemacht worden. Der Anlaß zu dieser Maßnahme war, wie die F.D.P.-Abgeordneten Wolfgang Heinz und Hans Koch vermuten, ein Hamburger Gerichtsurteil, nach dem die Einführung der Fünftagewoche nur auf gesetzlicher Grundlage möglich ist. Die Abgeordneten fragen daher die Landesregierung: „Welche Erfahrungen hat die Landesregierung seit der bisherigen Einführung der Fünftagewoche sammeln können? Gedenkt sie, die Einführung der Fünftagewoche nunmehr auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen?“ Ferner wollen die Abgeordneten wissen, zu welchem Termin mit einem entsprechenden Gesetz gerechnet werden kann (Drs. 2429).



Massenveranstaltungen wie Fußball-Ligaspiele bringen fast naturgemäß Verkehrsprobleme mit sich. Unser Bild zeigt die Anhänger eines Bundesliga-Vereins.
Foto: Bartel

Verkehrsprobleme

Die steigenden Zuschauerzahlen bei den Heimspielen des Fußball-Regionalligisten „Sportfreunde Siegen“ im „Leimbach-Stadion“ haben zunehmend zu Verkehrsstauungen auf den Zufahrtstraßen zum Stadion und zu einem totalen Zusammenbruch des Verkehrs in der Siegener Innenstadt geführt. Die CDU-Abgeordnete Edith Langner sieht die Ursache für die Verkehrsmisere in dem Fehlen besonderer Hinweisschilder auf den Autobahnen. Sie regt in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung an, an der Autobahnausfahrt „Siegen-West“ ein Hinweisschild „Stadion – weiterfahren“ und an der Ausfahrt „Siegen-Süd“ aus Richtung Frankfurt und aus Richtung Dortmund – Gießen unter das Hinweisschild „Ausfahrt Siegen“ das Zusatzschild „Stadion“ zu installieren, um so den innerstädtischen Verkehr von Schlachtenbummlern freizuhalten (Drs. 2367).

Rheinbahn-Defizit

Mit der Frage, ob die Stadt Düsseldorf das Defizit der Rheinbahn AG abdecken soll, befaßt sich der CDU-Abgeordnete Heinz Hardt in einer Kleinen Anfrage. Er will von der Landesregierung wissen, ob sie es für richtig halte, daß ein Defizit der Rheinbahn, das im Landkreis Düsseldorf-Mettmann entsteht, von den Bürgern der Stadt Düsseldorf getragen werden muß und was sie gegebenenfalls unternehmen werde. Für den Fall, daß der Kreis Düsseldorf-Mettmann nicht die in diesem Raum entstandenen Defizite ausgleicht, regt der Abgeordnete an, daß der Regierungspräsident die Tarife in diesem Landkreis kostendeckend gestalten soll (Drs. 2388).

Vom 15. bis 22. Februar sind im Landtag eingegangen: 15 Drucksachen, 15 Vorlagen und 14 Zuschriften*).

Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums wegen der Verquickung mit privatwirtschaftlichen Interessen in Mißkredit gerät. Sie zweifeln weiter daran, daß Autoren, die sich ausschließlich aus dem Innenministerium rekrutieren, die beabsichtigte umfassende Bestandsaufnahme des Landes sachgerecht vornehmen können (Drs. 2392).

Eichendorff-Archiv

Die CDU-Abgeordneten Wilhelm Droste und Paul Scholz würden es begrüßen, wenn das „Haus Oberschlesien“ in Hoesel als kulturelles Zentrum künftig auch das Eichendorff-Archiv beherbergen würde, das derzeit in Wangen im Allgäu verkümmert. Die Abgeordneten wünschen daher von der Landesregierung eine Stellungnahme, ob sie im Rahmen ihrer Beteiligung an der Stiftung „Haus Oberschlesien“ ein solches Vorhaben bejaht und ob sie bereit ist, das Eichendorff-Archiv nach Nordrhein-Westfalen überführen zu lassen. Ferner wollen sie wissen, ob sich das Land an den dabei entstehenden Kosten beteiligen will (Drs. 2379).

Gewerbeaufsicht

Mit dem Erfahrungsaustausch zwischen den Gewerbeaufsichtsämtern, die für die gewerbliche Wirtschaft zuständig sind, und den Bergbehörden, die im Bereich des Bergbaus tätig sind, befaßt sich Dr. Ernst Günter Schwamkrug (CDU) in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung. Er fragt, ob sichergestellt sei, daß die Erfahrungen der Gewerbeaufsicht und der Bergbaubehörden ausgetauscht werden und ob beide Behörden von den zuständigen Ministerien unter einheitlichen sachlichen Gesichtspunkten überwacht werden. Der Abgeordnete möchte ferner wissen, ob Gewerbeaufsicht und Bergbehörden bei gleichartigen Tatbeständen einen ihnen eingeräumten Ermessensspielraum immer einheitlich handhaben (Drs. 2380).

*) Im Archiv des Landtags einzusehen. Drucksachen (Gesetzentwürfe usw.) zum Selbstkostenpreis beim Archiv des Landtags zu beziehen. Wortlaut der beschlossenen Gesetze vor Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NW ebenfalls beim Archiv des Landtags zu beziehen.